

<b>Zeitschrift:</b>	Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
<b>Herausgeber:</b>	Widerspruch
<b>Band:</b>	34 (2015)
<b>Heft:</b>	66
 <b>Artikel:</b>	Wären wir die besseren Banken? : Zur Debatte um die Repolitisierung des Kreditgeldes
<b>Autor:</b>	Sahr, Aaron
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-651892">https://doi.org/10.5169/seals-651892</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Wären wir die besseren Banken?

Zur Debatte um die Repolitisierung des Kreditgeldes

Selten liegen Überfluss und Mangel so dicht beieinander wie im europäischen Geldsystem. Die drohende Masseninsolvenz der Finanzindustrie ging nahtlos in anhaltende Zahlungsschwierigkeiten europäischer Staaten über. Dem folgte das Schreckgespenst der Austerität: Die Geldknappheit mache, so wird behauptet, den Rückbau von Staatsausgaben unausweichlich. Die Allgegenwärtigkeit des Mangels steht in krassem Gegensatz zu den Mengen verfügbarer Zahlungsmittel, sind doch die globalen Währungsreserven in den vergangenen dreissig Jahren massiv gewachsen. Es gab einen nachhaltigen *realen* Zuwachs an Kaufkraft, also eine Ausdehnung der Geldmengen, die nicht durch einen gleichzeitigen Wertverlust «aufgezehrt» wurde noch durch einen parallelen Anstieg der Wirtschaftsleistung gedeckt ist (Huber 2015, 296; Postberg 2013, 135). In den wohlhabenden OECD-Staaten ist das Verhältnis von verfügbarem Geld zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) von etwa 65 Prozent im Jahr 1970 auf 135 Prozent im Jahr 2014 gestiegen.<sup>1</sup> Damit ist heute, relativ zur gestiegenen Wirtschaftsleistung, mehr als doppelt so viel Geld verfügbar wie noch vor vierzig Jahren.

Die Gleichzeitigkeit von Zuwachs und Mangel wirft Verteilungsfragen auf, die sich unter anderem in Forderungen nach einer Reform der Geldordnung äußern. Diese Debatte zielt nicht vornehmlich auf eine Einhebung oder Besteuerung von Finanztransaktionen, sondern auf ein Neuarangement der Geldschöpfung. Es geht um die Frage, wer in unserer Gesellschaft darüber entscheiden sollte, für wen wie viel Geld erzeugt wird. Dabei steht erstens die Forderung einer Demokratisierung der Zentralbank, genauer: der Europäischen Zentralbank (EZB) im Raum (Grözinger 2015; Negri/Cedillo 2015). Zweitens fordern die VertreterInnen einer Vollgeldreform, dass privatwirtschaftliche Geldschöpfung verboten und diese Kompetenz an eine unabhängige Instanz übertragen wird. Regierungen sollen dann einen privilegierten Zugang zu neuen Geldmitteln erhalten (Huber 2010 / 2015; Jackson / Dyson 2014). Die VertreterInnen der Modern Monetary Theory (MMT) wollen hingegen die private Geldschöpfung erhalten, gleichzeitig aber Regierungen dazu befähigen, ihre Ausgaben unabhängig von der Gnade privater Investoren tätigen zu können (Wray 2012). Vorteile und Fallstricke dieser drei Varianten einer Repolitisierung der Geldschöpfung sollen auf den folgenden Seiten skizziert werden.

## **Das Ideal unpolitischer Geldschöpfung**

Eine Debatte um die Politisierung der Geldschöpfung ist insofern in Europa gut aufgehoben, da die EZB als Paradebeispiel einer unabhängigen, entpolitisierten Zentralbank gilt. Obwohl ihre Leitung durch gewählte VolksvertreterInnen bestimmt wird, steht erstens dieses Leitungsgremium in seinen operativen Entscheidungen nicht unter der Weisungsbefugnis der Exekutive.<sup>2</sup> Zweitens wird den Staaten ein privilegierter Zugang zu den Mitteln der Bank verwehrt. Bei politischen Zentralbanken, die in den ersten zwei Dritteln des 20. Jahrhunderts die Regel waren, haben Regierungen sozusagen ein eigenes Konto mit unbeschränktem Kreditrahmen. Staatsausgaben können so immer bedient werden. Die Mitgliedsländer der Eurozone hingegen müssen sich über die privaten Kreditmärkte finanzieren und haben keinen direkten Zugang zu den Mitteln der EZB.

Gäbe man einer Regierung diese Möglichkeit an die Hand, so das wirtschaftsliberale Argument *für* die Unabhängigkeit von Zentralbanken, würde sie diese besonders dazu nutzen, sich vor Wahlen die Gunst potenzieller WählerInnen zu sichern. Geldpolitik wäre damit den Schwankungen von Legislaturperioden unterworfen. Dieses Deutungsschema ist in unserer Kultur tief verwurzelt, findet sich in zahlreichen Darstellungen des Geldsystems<sup>3</sup> und wird immer dann abgerufen, wenn die Trennung von Wirtschaft und Politik in kritischer Absicht zur Sprache kommt. Die Unabhängigkeit der Zentralbanken, sagte erst kürzlich der Ökonom Werner Plumpe (2015), «dient[e] der Abwehr staatlicher Masslosigkeit. Denn mit der Entstehung und Verbreitung des Papiergelei des konnte plötzlich die öffentliche Geldschöpfung über politisch abhängige Zentralbanken (die Geldpresse) hemmungslos genutzt werden.» Auch wenn sich tatsächlich reichlich historische Evidenzen für diese Behauptung sammeln liessen, so ist dieses Argument doch angesichts des Geldmengenwachstums der vergangenen Jahre schal geworden. Während man immer wieder leichtfertig unterstellt, politische Geldschöpfung würde der Masslosigkeit verfallen und viel zu viel Geld drucken, hat das System privater Geldschöpfung in den letzten Jahrzehnten nichts anderes getan, als die verfügbaren Geldbestände ständig zu vermehren. Ein Nachdenken über eine Repolitisierung der Geldschöpfung sollte sich daher von diesen Abwehrreflexen nicht allzu leicht beirren lassen. Weiterhelfen könnte an dieser Stelle stattdessen ein soziologischer Blick auf die Geldschöpfungspraxis.

## **Alles Geld ist Kreditgeld**

In der alltäglichen und auch medialen Kommunikation über das Geld und die Geldordnung verbergen sich in der Regel zwei Ungenauigkeiten. Die erste betrifft das Geld selbst, die zweite betrifft Abhängigkeitsbeziehun-

gen zwischen der Kreditvergabe privater Geschäftsbanken und der Geldschöpfung durch die Zentralbank. Man könnte hier von einem theoretischen und einem empirischen Missverständnis sprechen.

Die *theoretische* Ungenauigkeit verdichtet sich in der Annahme, Geld sei so etwas wie ein Sachwert, also vergleichbar mit einem Auto oder einem Haus. Dieses Modell von Geld als einer zwar sehr begehrten, aber sonst ganz normalen Ware prägt den ökonomischen Theoriediskurs genauso wie die traditionellen Arbeiten der Geldsoziologie (Ingham 2004). Es spiegelt sich auch in dem unter Ökonominnen deutlich beliebteren Begriff des «Fiat-Geldes» (vgl. Beitrag Löpfe in diesem Heft), mit dem auf die Substanzlosigkeit heutiger Zahlungsmittel abgestellt wird. «Fiat-Geld» verschleiert allerdings die kreditäre Struktur, die heutiges Geld von Waren unterscheidet. Eine Ware ist eine Sache mit einem Tauschwert (beim Geld wäre das die Kaufkraft), die sich im *Besitz* von jemandem befindet. Genauso sprechen wir über Geld als einem Vermögen, das eine Person entweder hat oder das ihr fehlt. In dieser geläufigen Perspektive aber wird der «zweite Teil» des Guthabens ausgeblendet, ohne den es nicht existieren würde: die Schuld. Auf den ersten Blick scheint es zwar so, als würde uns das Guthaben auf dem Bankkonto (das sogenannte Giralgeld) *gehören*, ganz so, wie uns ein Auto oder ein Haus gehört. Tatsächlich handelt es sich aber um einen Kredit – ein Zahlungsversprechen, das gleichzeitig eine Schuld der Bank und ein Vermögen des Kontoinhabers ist. Giralgeld existiert nicht wie ein Sachwert, als Eigentum eines Einzelnen, sondern ist immer eine Zahlungsbeziehung zwischen zwei Partnern.<sup>4</sup> Geldvermögen und Schulden können in der gegenwärtigen Kreditgeldordnung nur gemeinsam vermehrt oder vermindert werden.

## **Wer produziert Kreditgeld?**

Das *empirische* Missverständnis über Geld ist die Annahme, es würde von der Zentralbank zur Verfügung gestellt und von privaten Banken lediglich verteilt. Private Banken gelten in der Regel als *Intermediäre*, die zwischen Anbietenden von Kapital und Nachfragenden vermitteln. Man nimmt an, sie würden Spareinlagen ihrer KundInnen sammeln und anschliessend ausleihen. Tatsächlich wird bei der Kreditvergabe durch private Banken aber nichts *verliehen*, sondern erschaffen. Vergibt eine Bank einen Kredit, so überträgt sie keine vorher eingeworbenen und gesammelten Sparguthaben. Keinem Kunden wird etwas weggenommen, wenn einer anderen Kundin ein Kreditantrag gewährt wird. Stattdessen verbucht die Bank einfach die entsprechende Kreditsumme zweimal, einmal als ihr Vermögen (der Schuldner hat versprochen, es zurückzuzahlen) und einmal als Giralgeld, d. h. als eine Schuld der Bank der neuen Kontoinhaberin gegenüber.

Die Bilanz der Bank wird bei der Kreditvergabe also lediglich um die betreffende Summe *verlängert* und dadurch entsteht Geld.<sup>5</sup>

Wenn Banken aber gar nicht verteilen, was schon da ist, warum findet man in Ökonomielehrbüchern gemeinhin das Intermediärenmodell? Der Grund dafür findet sich in der Annahme, unser Bankensystem könne angemessen als fraktionales Reservesystem verstanden werden. Ein Begriff, hinter dem sich eine Abhängigkeitshypothese verbirgt: Private Banken benötigen für ihre alltäglichen Geschäfte Zentralbankgeld, also Reserven. Erstens, weil KundInnen Ginalgeld an Konten anderer Banken überweisen und dafür Reserven transferiert werden müssen; zweitens, weil KontoinhaberInnen Barabhebungen verlangen können (Bargeld sind Reserven); oder drittens, weil durch eine Mindestreservequote ein bestimmtes Verhältnis von Ginalgeld und Besitz an Reserven vorgeschrieben sein kann. Zwar können Banken neues Ginalgeld einfach per Kredit aus dem Nichts erschaffen, aber wenn sie das tun, erhöht sich ihr eventueller Bedarf an Reserven. Würden private Banken also Geld erzeugen, ohne sich vorher die dafür benötigten Rücklagen zu beschaffen, setzten sie sich einem Liquiditätsrisiko aus – dem Risiko, plötzlich ein Reservedefizit zu haben und dadurch keine Geschäfte mehr tätigen zu können. Der Intermediärentheorie zufolge werden sich Banken deswegen stets *zuerst* durch Spareinlagen, Interbanken- oder Zentralbankkredite Reserven besorgen, *bevor* sie durch eigene Kreditvergabe Ginalgeld erzeugen. Daher können Zentralbanken theoretisch die Geldmenge kontrollieren, einfach indem sie die Verfügbarkeit von Reserven ausweiten oder rationieren. Zwar müssen private Banken nur einen kleinen Teil (eine Fraktion) des von ihnen geschaffenen Güthabens als Reserven vorrätig haben. Da sie es sich aber vor der eigenen Geldschöpfung sichern müssen, verteilen sie dem Modell zufolge letztendlich nur das, was die Zentralbank bereitstellt.

Diese Annahmen halten allerdings dem Praxistest nicht stand (Huber 2015, 293 ff.). Die Erfahrung hat gezeigt, dass Zentralbanken durch private Geldschöpfung entstehende Reservedefizite verlässlich durch die Erzeugung neuer Reserven ausgleichen, um den reibungslosen Fortgang der Finanzwirtschaft nicht zu gefährden (Ingham 2004, 137). Der Begriff des «fraktionalen Reservesystems» ist deswegen heute lediglich eine *formal* richtige Beschreibung des Bankensystems. Falsch ist hingegen die Annahme, dass der Zentralbank deswegen eine Kontrollfunktion zukommt: Würde eine Zentralbank einen entstandenen Bedarf an Reserven nicht decken, so wäre die private Bank gezwungen, rasch Vermögenswerte zu verkaufen, um Reserven einzunehmen, was aufgrund des Zeitdrucks wahrscheinlich nur unter Wert möglich sein würde («firesale»). Der Liquiditätsmangel dieser Bank kann so zu einem Solvenzproblem werden (Jackson/Dyson 2014, 98). Dieses kann sich – man erinnere sich an Lehman Brothers –

schnell und dramatisch ausbreiten. Die primäre Aufgabe einer Zentralbank wie der EZB aber ist es, genau solche Instabilitäten zu verhindern.

Eine strikte Verweigerungshaltung würde außerdem einen Rückgang verfügbaren Kreditgeldes riskieren. Hier greift das, was man nach Postberg (2013, 131) das *Selektivitätsproblem* des Kreditgeldes nennen könnte: Wenn Kreditgeld genau dann und dort entsteht, wenn eine Bank jemanden für kreditwürdig hält, so werden sich Verknappungen der Geldverfügbarkeit auch zuerst bei jenen bemerkbar machen, die wenig profitable Rückzahlungspläne anzubieten haben. Kredite werden also zuerst für renditeschwache Realwirtschaftsbereiche oder europäische Peripheriestaaten kostspieliger. Eine heute vornehmlich in Finanzprodukte investierende Kreditbranche liesse sich somit durch eine restriktive Zentralbankpolitik erst dann merklich bremsen, wenn schon viele andere Wirtschaftsbereiche von Liquiditätsmangel bedroht wären. Denn die Verfügbarkeit für Kredit verknüpft sich eben nicht gleichmäßig, sondern *selektiv*. Eine solche Strategie der Verweigerung wäre nicht nur kaum zu legitimieren, sie würde auch dem Auftrag der EZB widersprechen, die Routinen der Ver- und Entschuldung am Laufen zu halten.

Wie diese Ausführungen zeigen, können Zentralbanken ihre formale Beschränkungsmacht in der Praxis gar nicht einsetzen. Dies unterläuft die Prämisse des Intermediärenmodells, die besagt, dass Privatbanken die Kreditvergabe an die Verfügbarkeit von Reserven koppeln müssen, um einem Liquiditätsrisiko zu entgehen. Es sind damit nicht Fraktionen verfügbarer Reserven an Zentralbankgeld, die zur Erzeugung von Giralgeld führen, sondern die Erzeugung von Giralgeld durch Kreditvergabe schafft einen Bedarf an Reserven, der immer bedient werden wird. Das haben alle Beteiligten dieser Praxis gelernt. Somit vermehren private Banken nicht bloss die bereitgestellten Reserven, sondern die vermeintlich «bereitgestellte» Zentralbankgeldmenge entsteht faktisch als *Ergebnis* privater Guthabenerzeugung. Deswegen ist heute alles Geld *privatwirtschaftlich* produziertes Kreditgeld.

## Nachteile privatisierter Geldschöpfung

Das privatisierte Geldschöpfungssystem überlässt den Banken zwei gesellschaftlich ungemein bedeutende Entscheidungen, nämlich wie viel Geld erschaffen wird und wer es bekommt. Kreditgeld entsteht nicht zur Finanzierung von Staatsausgaben oder zur gleichmässigen Versorgung aller Wirtschaftsbereiche. Neues Guthaben entsteht, wenn eine private Bank einen Kredit für lukrativ, also letztendlich die Rückzahlung samt Zinsen für wahrscheinlich hält. Ob sie das tut, weil der Schuldner ein stabiles Einkommen hat, eine gute Geschäftsidee vorträgt oder eine rendite-

versprechende Immobilie als Pfand zur Verfügung stellt, bleibt der Bank überlassen. Dem Geldsystem ist damit weder ein Mechanismus eigen, mit dem sich die Geldproduktion auf makroökonomische Zielzustände verpflichten liesse, noch eine Struktur, die eine gleichmässige Kapitalentstehung in allen Wirtschaftsbereichen garantieren würde. Wenn neues Geld durch privatwirtschaftlichen Kredit entsteht, wird tendenziell Kreditwürdigkeit dort vermehrt, wo sie bereits existiert, weil hier die sichersten Renditen zu erwarten sind.<sup>6</sup> Tatsächlich hat das Wachstum von Krediten und Schulden in den vergangenen zwanzig Jahren vor allem zu einer Vermehrung von Finanzvermögen geführt. Realwirtschaftliche Schuldner verloren in der Vergangenheit immer wieder die Konkurrenz mit den Renditemargen reiner Finanzanlagen. Die häufig beklagte «Entkopplung» von Finanz- und Realwirtschaft ist deswegen keine zufällige Betriebsstörung, sondern Teil der Struktur der Kreditgeldordnung.

Ökonomisch ist ein privatisiertes Kreditgeld vor allem aufgrund seiner prozyklischen Dynamik problematisch. In Zeiten ökonomischer Stabilität und Prosperität expandiert das Kreditvolumen, weil zurückfliessende Gewinne Kapital vergrössern und die zunehmende Erwartungssicherheit Risikomargen kleiner werden lässt. Damit werden in Zeiten des Booms Kredite sowohl stärker nachgefragt als auch günstiger. Die Geldmenge und die Gesamtverschuldung steigen, was das systemische Risiko eines Abschwungs erhöht: Einerseits, weil Investitionsblasen platzen können und die Märkte ganzen Wertschöpfungsketten das Vertrauen entziehen (wie in der Krise von 2007/08). Andererseits, weil allgemeine Überschuldungen die Rückzahlbarkeit von Krediten infrage stellt, da die Expansion nicht für nachhaltige Produktionszuwächse gesorgt hat. Solche Kreditverknappungen provozieren staatliche Interventionen, deren Mittel wiederum auf privaten Kreditmärkten aufgebracht werden müssen, wodurch Gesamtverschuldung und systemische Risiken weiter steigen. Die privatisierte Kreditgeldordnung, in der die Entstehung neuen Geldkapitals allein Profitabilitätserwartungen unterliegt, kennt letztlich nur zwei Zustände: eine euphorische Expansion, von der wenige profitieren, oder eine Kontraktion, der politisch begegnet werden muss und die somit alle betrifft.

## **Vorteile und Fallstricke einer Repolitisierung der Geldschöpfung**

Antonio Negri und Raúl Sánchez Cedillo (2015) sehen in der Demokratisierung der EZB einen prospektiven neuen «Sturm auf die Bastille», der Umsturz und Veränderung nach sich zöge. Doch ebenso wie die Erstürmung des sprichwörtlichen Gefängnisses wäre auch die Erstürmung der EZB ein eher symbolischer Akt, der die wahren Machtverhältnisse privatisierter Kreditgeldproduktion unangetastet liesse. Die sogenannte Vollgeldreform

hätte einen deutlicheren Effekt auf die Geldordnung, impliziert sie doch ein radikales Verbot der Geldschöpfung privater Banken: Einzig die Zentralbank könnte Zahlungsmittel erzeugen. Bankkredite gäbe es immer noch, nur wären das dann Darlehen, also echte Transfers und keine Neuschöpfung von Geld aus dem Nichts. Die Entscheidung, wie viel Geld es gibt, soll dann – ganz dem oben beschriebenen Ideal einer unpolitischen Zentralbank entsprechend – die unabhängige Zentralbankleitung treffen, die sich an Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Inflation orientieren soll. Weder dem Profit optimierenden Banker noch der Stimmen maximierenden Politikerin könne man die Macht überlassen, Geld zu schöpfen, argumentieren Jackson und Dyson (2014, 204).

Der Aspekt der Repolitisierung der Geldordnung kommt im Vollgeldmodell bei der Verteilungsfrage ins Spiel, also der Entscheidung, wer neues Guthaben *erhält*. Prinzipiell nämlich soll durch die ZentralbankexpertInnen neu geschaffenes Geld den Regierungen gutgeschrieben werden. Somit würde Geld nicht mehr dort entstehen, wo sich die profitabelste Kreditwürdigkeit abzeichnet, sondern trüte über Beamtengehälter, Bildungsförderung, Transferzahlungen oder Infrastrukturprojekte in den Wirtschaftskreislauf ein. Erst danach könnte es über Sparkonten für Finanztransaktionen und -spekulationen verwendet werden. Staatliche Handlungsmacht zurückzugewinnen, indem die schuldnerische Erzeugung von Zahlungsmitteln abgeschafft wird, mag verlockend klingen. Allerdings könnte eine Vollgeldreform mindestens zwei Vorteile einer privatisierten Kreditgeldschöpfung verspielen.

*Erstens* verspricht eine an den Wachstumserwartungen eines ExpertInnengremiums ausgerichtete Geldmengenentwicklung nicht zwingend eine Zunahme politischer Gestaltungsmöglichkeiten, vor allem nicht für alle. Nach der Finanzkrise mussten viele Regionen Europas einen Rückgang ihres ökonomischen Outputs aushalten und auch in Zukunft sind wohl eher stagnierende BIP als deutliche Zuwachsrate zu erwarten. Eine an der Wirtschaftsleistung sich orientierende Geldpolitik der Zentralbank würde den Regierungen also unter Umständen nicht viel neues Geld zur Verfügung stellen können. Schlimmstenfalls fänden sich die Staaten Europas – man bedenke das bestehende Missverhältnis von Geldmenge und BIP – nach einer Vollgeldreform in der Situation wieder, die einstmals privat ausgedehnte, nun aber unter ihrer Verantwortung stehende Geldmenge durch Steuergelder abtragen zu müssen. Denn ebenso wie neues Geld relativ zum Kapitalanteil des Mitgliedslandes an der EZB emittiert werden soll, müssen die Geldmengen auch über die Staatshaushalte reduziert werden, d.h. über Steuereinnahmen, die dann einfach vom Staatskonto bei der Zentralbank gestrichen würden. Hätte man nun Griechenland dazu zwingen sollen, die spärlichen Steuereinnahmen auch noch zur Re-

duktion umlaufender Geldmengen zu verwenden, weil allein abstrakte Indikatoren zur Rezession und zum Geldbestand für die Entscheidungen einer Vollgeld-EZB relevant wären? Man muss bezweifeln, dass sich eine solche Politik irgendeinem Elektorat verkaufen liesse, besonders in konjunkturellen Flauten, die eigentlich Investitionen verlangen.

Zweitens zöge eine Vollgeldreform eine deutliche Kreditverknappung nach sich, nicht nur, weil ein allfälliges Missverhältnis von Geldmenge und Wirtschaftsleistung eventuell zurückgefahren werden müsste. Banken schaffen heute zusätzliche Kaufkraft, ohne dafür die anderen zu reduzieren. Nach der Vollgeldreform müssten Geldbesitzende dazu motiviert werden, ihre Vermögen in den Kreditprozess einzuspeisen, also tatsächlich zu *verleihen*.<sup>7</sup> Dies würde zum einen nur mit einem Teil der heute vorhandenen Bestände geschehen, wodurch Kredit knapper und teurer würde, ohne dass Firmen, KonsumentInnen oder Regierungen weniger darauf angewiesen wären. Gegenwärtig ist jedes Giralguthaben Teil des Kreditsystems. Der auf Kredit basierte, bargeldlose Erwerb von Waren steht dazu in keiner Konkurrenz – der Kaufbetrag wandert von einem Konto zum anderen, oftmals in demselben Bankenverbund, ohne dass durch diese Verschiebungen in den Bankbilanzen irgendwelche Konsequenzen für die Vermögens- oder die Kreditseite entstünden. Im Vollgeldsystem hingegen konkurrieren die Verwendung von Geld als Zahlungsmittel und jene als Sparmittel, weil die Verfügungsgewalt über Guthabenbesitz zeitweise aufgegeben werden müsste, um es verleihen zu können. Damit ist eine Vollgeldreform gleichbedeutend mit einem Machtgewinn der Geldbesitzenden, was ihre Popularität im linken Spektrum erstaunlich macht. Kredite stünden unter dem Vorbehalt der Zustimmung Besitzender, was auch bedeutet, dass etwa Unterstützungen für Griechenland dann aus dem Staatshaushalt bestritten werden müssten, was angesichts der geringen Zustimmungswerte für eine solche Politik deutlich schwieriger wäre.

Durch Kreditvergabe geschaffenes Guthaben bedeutet in der gegenwärtigen Ordnung eine Vermehrung von Handlungschancen (Kaufkraft), in einem Vollgeldsystem wäre ökonomische und gesellschaftliche Gestaltung (mittelbar) von der Zustimmung Vermögender abhängig. Kreditschöpfung erlaubt Gesellschaften, alles Mögliche zu tun, schreibt Ann Pettifor (2014): Vor der Einrichtung eines Bankensystems konnte die Gesellschaft nur Vorhaben realisieren, die sich aus »Ersparnissen« finanzieren liessen, das heisst aus dem von Reichen erzeugten, gestohlenen oder angeeigneten Mehrwert. TheoretikerInnen aus dem Kontext der MMT<sup>8</sup> wollen deswegen den geldschöpfenden Kredit als Mittel zur Generierung von Handlungschancen erhalten. Um ökonomische und gesellschaftliche Dynamik nicht vom Bestand verfügbarer Mittel abhängig zu machen, soll die Privatwirtschaft weiterhin Kaufkraft per Kreditvergabe erzeugen dür-

fen, dabei allerdings unter weitreichende Auflagen gestellt werden. Was die MMT vor allem befürwortet (Wray 2012), ist eine Wiedereinführung des privilegierten Zugangs von Regierungen zu monetärer Defizitfinanzierung bei «ihrer» Zentralbank. Wenn Banken Geld aus dem Nichts schaffen können, so kann man das Argument verkürzt darstellen, dürfen Regierungen sich dieser Möglichkeit nicht grundsätzlich berauben. So sollen Staatsausgaben stets und theoretisch unbegrenzt durch eine Bilanzverlängerung ihrer Zentralbank erfüllbar sein. In einer solchen Ordnung könnten Regierungen flexibel auf konjunkturelle Abschwünge und Liquiditätsengpässe in Branchen oder Wirtschaftssektoren reagieren. Politische Investitionsentscheidungen wären von der Gnade von Geldbesitzenden entkoppelt und damit der Konkurrenz mit alternativen, rentableren Anlagemöglichkeiten enthoben. Somit könnte eine demokratisch kontrollierte Regierung die Finanzierung von Realwirtschaft und politischen Programmen unabhängig von den Renditeerwartungen der Kapitalinvestoren sicherstellen. Die staatliche Handlungsfähigkeit würde zunehmen.<sup>9</sup>

Als problematisch könnte sich die Identität von Gläubiger und Schuldner im Wahlvolk erweisen. Über die Kreditvergabe, also Umfang und Ziel verfügbarer Geldmengen, entscheiden in dem von der MMT präferierten System gewählte VertreterInnen, und dieselben müssten die Rückzahlung sicherstellen. Das erfordert in doppelter Hinsicht ein gewisses Mass an Vertrauen des demokratischen Souveräns in sich selbst. In der Rolle des Gläubigers dürften Regierungen nicht jedem Investitionswunsch nachgeben, obwohl formal besehen unbegrenzte Mittel zur Verfügung stünden. Da sich Haushaltsposten nicht länger gegenseitig ausschliessen, weil man nicht länger auf leihunwillige Märkte und knappe Kassen verweisen kann, kann jede Investition in Branchen oder Regionen Kompensationsforderungen anderer Interessengruppen auslösen. Wenn man – um es einmal auf europäischer Ebene durchzuspielen – mit neuen Guthaben griechische Infrastruktur aufbaut, warum dann nicht auch die Gehälter deutscher ErzieherInnen anheben? In seiner Rolle als Schuldner wiederum darf der demokratische Souverän nur in Ausnahmefällen der Verführung erliegen, fällig werdende Schulden durch neue Kredite statt durch Einnahmen zu begleichen. Ansonsten würden sich die Gelmengen wohl weitaus schneller ausdehnen als zuvor. Dies würde eklatante Inflationsrisiken beinhalten, da das staatlich erschaffene Geld direkt in die Kaufkraft der BürgerInnen fliessen würde. Wer ein solches System präferiert, braucht entweder grosses Zutrauen in die Einsichtsfähigkeit und Solidaritätsbereitschaft der Bevölkerung, oder muss darüber nachdenken, Inflationsziele und Tilgungsmodalitäten auf Verfassungsniveau festzuschreiben und damit einen Teil des politischen Handlungsspielraums aufzugeben, den eine MMT-Reform verspricht.

Deutlich wird, dass die Reformen der Geldordnung – wie alle sozialen Arrangements – ihre je eigenen Schwächen und Gefahren aufweisen. Dramatischer als die Defizite privatisierter Kreditgeldproduktion, die uns in eine Situation allgemeiner Überschuldung geführt und dabei vornehmlich die Vermögen von Finanzanlegern vergrössert hat, sind sie aber nicht. Das Verweilen im Bestehenden ist angesichts weiter steigender Schulden öffentlicher und privater Haushalte und der Vereinigung ganzer Regionen und Generationen keine Option. Mit den knappen Hinweisen auf Vor- und Nachteile verschiedener Arrangements verbindet sich deswegen die Hoffnung, dass die Diskussion der Frage, wer in unserer Gesellschaft über die Mengen und Wege verfügbaren Geldes bestimmen darf, die begrenzten Räume wissenschaftlicher Veröffentlichungen verlässt und zu einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung wird.

### Anmerkungen

- 1 Daten der Weltbank.
- 2 Operative Entscheidungen einer Zentralbank beziehen sich auf die Festlegung des Leitzinses, der als Benchmark für Kreditpreise gilt, und auf die Festlegung von Kriterien für sogenannte zentralbankfähige Sicherheiten, also: Welche Vermögenswerte können von Banken hinterlegt werden, wenn sie zusätzliches Geld benötigen?
- 3 Vgl. exemplarisch den Wikipedia-Eintrag «Europäische Zentralbank» (Abfrage 10.7.2015) und Deutsche Bundesbank (2014, 150 f.).
- 4 Das gilt auch für Bargeld, welches nur insofern legitimes und legales Geld ist, als dass es als Schuld in der Bilanz der Zentralbank und als Vermögen in unserer Brieftasche existiert. Bargeldbeträge entstehen (als Geld und nicht als physische Objekte), indem sich eine private Bank bei ihrer Zentralbank verschuldet und sich einen Teil dieser Schuld in Barmitteln überweisen lässt.
- 5 Ebenso kann eine Bank andere Vermögenswerte mit zu diesem Zweck geschaffenen Guthaben bezahlen.
- 6 Ingham (2004, 138) bezeichnet diesen Umstand als einen strukturellen Matthäus-Effekt des Kreditgeldes.
- 7 Etwa durch hohe Zinsen, was wiederum die Finanzierung unsicherer Firmengründungen oder des chronisch renditeschwachen Mittelstandes unwahrscheinlicher macht.
- 8 Die MMT ist eine Schule ökonomischer Theorie, die natürlich weit mehr beinhaltet, als hier Erwähnung findet, und weit heterogener ist, als ihr hier zugestanden wird.
- 9 Den VertreterInnen der MMT geht es hier sogar um nichts weniger als eine staatliche Vollbeschäftigungsgarantie (Wray 2012, 221 f.).

## Literatur

- Deutsche Bundesbank, 2014: Geld und Geldpolitik, Frankfurt am Main
- Grözinger, Gerd, 2015: Demokratisiert die EZB! In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4, Berlin, 37–40
- Huber, Joseph, 2010: Monetäre Modernisierung. Zur Zukunft der Geldordnung. Marburg
- Huber, Joseph, 2015: Monetäre Modernisierung: Vom Giralgeld zum Vollgeld. In: Kraemer, Klaus / Nessel, Sebastian (Hg.): Geld und Krise. Die sozialen Grundlagen moderner Geldordnung. Frankfurt am Main / New York, 291–308
- Ingham, Geoffrey, 2004: The Nature of Money. Cambridge
- Jackson, Andrew / Dyson, Ben, 2014: Modernising Money. Why our Monetary System is Broken and How it can be Fixed. London
- Negri, Antonio / Sánchez Cedillo, Raúl, 2015: Die Hoffnung des demokratischen Monsters, zwischen Syriza und Podemos. <http://transversal.at/blog/The-hope-of-the-democratic-monster/?lid=Die-Hoffnung-des-demokratischen-Monsters> (Abfrage 10.7.2015)
- Pettifor, Ann, 2014: Why I disagree with Positive Money and Martin Wolf. [www.opendemocracy.net/ourkingdom/ann-pettifor/why-i-disagree-with-positive-money-and-martin-wolf](http://www.opendemocracy.net/ourkingdom/ann-pettifor/why-i-disagree-with-positive-money-and-martin-wolf) (Abfrage 10.7.2015)
- Plumpe, Werner, 2015: Bleibt also nur noch die Revolte? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. März, Frankfurt am Main
- Postberg, Christian, 2013: Macht und Geld. Über die gesellschaftliche Bedeutung monetärer Verfassungen. Frankfurt am Main
- Wray, L. Randall, 2012: Modern Monetary Theory. Basingstoke

